

der Sammelbewegung ZANU (PF) ausgetragen. Da die Regierung innenpolitische Gegensätze besonders fürchtet, wurde von der Regierungspartei ZANU (PF) der *demokratische Zentralismus* als Parteiprinzip eingeführt. Die Umwandlung des Westminster-Modells in ein Einparteien-System ist ebenfalls anvisiert. Allerdings steht zu befürchten, daß mit dem Rückgriff auf derartige Herrschaftstechniken nur Symptome, nicht aber die Ursachen der Konflikte kuriert werden. Ob mit einem zentralisierten Einheitsstaat – dem bekanntlich phantasielosesten Demokratie-Modell – sozialer Frieden erreicht werden kann, muß dahingestellt bleiben.

Die Revolution verrät ihre Kinder: Befreiungsbewegungen an der Macht

Die vorstehenden Beispiele machen im heutigen Zimbabwe das große Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich. Allerdings erklärt sich dieser Widerspruch aus den historischen Gegebenheiten, aus denen der Staat Zimbabwe entstanden ist. Denn die *großen Erwartungen*, die im Zuge des Befreiungskampfes unter der schwarzafrikanischen Bevölkerung gewachsen sind, müssen seit 1980 von einem Staat erfüllt werden, dessen Wirtschaftsstruktur, Verwaltungsaufbau, Rechtswesen und Bildungssystem aus der Kolonialzeit stammen und innerhalb von wenigen Jahren nicht total verändert werden können. Die Regierung versucht sich dem Dilemma durch einen Kompromiß zu entziehen. Einerseits erkennt sie die ökonomische Dominanz der weißen Min-

derheit an, andererseits hat sie die Flucht nach vorn in ein sozialistisches Gesellschaftskonzept angetreten, das der nach wie vor unterprivilegierten Bevölkerungsmehrheit eine bessere Zukunft verspricht.

Dem Beobachter stellt sich die Frage, wie lange eine Regierung dem *Erwartungsdruck der Bevölkerung* standhalten kann. Unerfüllte Hoffnungen von Sekundarschulabsolventen auf sozialen Aufstieg und fortdauernde eklatante Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung müssen, so scheint es, zu politischer Unruhe und Instabilität führen. Es ist unwahrscheinlich, daß ein demokratischer Zentralismus und die Einführung eines Einparteien-Systems ausreichen werden, um die wachsenden Forderungen zu kanalisieren und zu befriedigen. Die tatsächliche Entwicklung deutet eher darauf hin, daß die pragmatische Politik von Mugabe trotz sozialistischer Ideologie langfristig dazu führen könnte, aus den früheren Befreiungskämpfern eine neue Bourgeoisie zu machen, für die der „Sozialismus“ nur noch ein Lippenbekenntnis ist. Insofern ist nicht auszuschließen, daß auch in Zimbabwe eine *Staatsklasse* entsteht, die sich von den ursprünglichen Zielen des Befreiungskampfes immer weiter entfernt. Aus europäischer Sicht scheint der andauernde Widerspruch zwischen ideologischem Konzept und gesellschaftlicher Wirklichkeit langfristig nicht durchhaltbar zu sein. Aber vielleicht ist das nur europäische Sichtweise. Die Erfahrung lehrt, daß manche Länder der Dritten Welt sehr lange mit vermeintlich unbefriedigenden Kompromissen leben können.

Gerald Braun / Heribert Weiland

Kurzinformationen

Das Zentralkomitee verabschiedet Erklärung zur Förderung der Familie.

Auf seiner Frühjahrsvollversammlung am 15./16. Mai verabschiedete das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) eine *Erklärung „zur wirtschaftlichen Familienförderung“*. Darin werden familienpolitische Fortschritte während der letzten Jahre zwar anerkannt, zugleich aber weiterbestehende Defizite beklagt. Prophylaktisch schließt sich die Erklärung der Forderung an, die geplante Steuerreform dürfe zu keiner Verschlechterung der Einkommenssituation vor allem von Familien mit Kindern führen. Im einzelnen fordert das Papier die *Erhöhung des Kindergeldes* für das zweite Kind auf DM 120,-, für das dritte auf DM 250,- und für jedes weitere ab dem 4. auf DM 300,-. Die Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld soll grundsätzlich auf 18 Jahre heraufgesetzt werden. Der steuerliche Kinderfreibetrag sollte in einem ersten Schritt auf mindestens DM 3672 angehoben und auch die erhöhten Aufwendungen Alleinerziehender steuerlich besser berücksich-

tigt werden. Der *Erziehungsurlaub* ist nach den Vorstellungen des ZdK auf drei Jahre auszudehnen. Die Grundforderung des ZdK: Hinter der Aufgabe der Familien, die notwendigen Hilfen zu bieten, müßten Rücksichten auf andere Interessen in der Gesellschaft zurücktreten und: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen müßten in der Weise familienfreundlich sein, daß die Entscheidung für Heirat, Kinder, Erwerbsverzicht oder häusliche Pflege von Familienangehörigen Familien nicht schlechter stelle als eine gegenteilige Entscheidung. – Das Zentralkomitee beschäftigte sich auf der gleichen Vollversammlung auch mit *entwicklungspolitischen Fragen*. Beschlossen wurde die Durchführung eines innerkirchlichen Dialogprogramms, das im engen Kontakt mit kirchlichen Partnern in den Entwicklungsländern bisherige Erfahrungen stärker auswerten soll. In seinem „Bericht zur Lage“ ging der Präsident des Zentralkomitees, Professor *Hans Maier*, auch auf die gegenwärtige *Entwicklung in der Sowjetunion* und auf die durch die Sowjetunion forcierte Abrüstungsdiskussion ein. Maier warnte davor, in den Gorbatschowschen Bemühungen um Um-

gestaltung voreilig eine Bewegung hin zu einer Demokratie nach westlichem Muster zu sehen. Zur *Abrüstungsdiskussion* betonte Maier, es sei alles unterstützenswert, was zu einem gleichgewichtigen Abbau von Bedrohungspotentialen führe, doch müßten alle Abrüstungsmaßnahmen so beschaffen sein, daß durch sie Kriege weder führbar noch wahrscheinlicher würden. – Bekanntgegeben wurde die Abhaltung eines gemeinsamen Studientages von Vertretern des ZdK und der Bischofskonferenz im nächsten Jahr.

Im Juli wird in Dresden zum erstenmal ein DDR-„Katholikentreffen“ veranstaltet.

Ein „Katholikentreffen“, an dem Katholiken aus allen Diözesen und Jurisdiktionsbezirken der DDR teilnehmen werden, findet vom 10. bis 12. Juli in Dresden statt. Der Beschluß der Berliner Bischofskonferenz, ein solches Treffen abzuhalten, wurde bereits im September 1984 gefaßt, die Vorbereitung erwies sich als ziemlich schwierig, wobei neben den heiklen Staat-Kirche-Beziehungen auch innerkirchliche Probleme eine Rolle gespielt haben. Ursprünglich war das Treffen viel großräumiger angelegt, mit öffentlichen Diskussionsforen und großen Rahmenveranstaltungen, westlichen Kirchen- bzw. Katholikentagen trotz der kleineren Dimensionen nicht unähnlich, auch wenn man es stets vermieden hat, von einem Katholikentag zu sprechen. Das jetzt endgültig vorliegende Programm zeigt, daß von den ursprünglichen Planungen vieles gestrichen werden mußte. Dabei hat sich das ursprüngliche Veranstaltungskonzept mehr und mehr zu einer *großen Wallfahrtsveranstaltung*, für die es in der DDR bereits eingespielte Vorbilder gibt, mit eingebauten *geschlossenen Arbeitstagungen* gewandelt. Die markantesten Punkte werden der Pastoraltag am Freitag, dem 10., und ein sog. „kleines Katholikentreffen“ am Samstag, dem 11. Juli, sein. Für letzteres sind aber insgesamt nur sieben Stunden vorgesehen. Der *Pastoraltag* ist für den Klerus und die in der Seelsorge unmittelbar tätigen Laien gedacht. Zum „*Kleinen Katholikentreffen*“ am 11. Juli sind 3000 Vertreter aus den verschiedenen Bereichen des kirchlichen Lebens geladen. An deren „Delegierung“ haben sowohl die Pfarreien wie die Dekanatsleitungen und die bischöflichen Seelsorgeämter mitgewirkt. Als Diskussionsstoff sind verschiedene kirchliche Themen, von der Gestaltung des Gemeindelebens über Ehe und Familie bis zur Ökumene und „Impulse aus der Dritten Welt – Hoffnung für unsere Gemeinden“ vorgesehen. Auch wenn die Erwartungen nicht zu hoch geschraubt werden dürfen, so ist die Tatsache, daß das Treffen überhaupt stattfinden kann, für sich schon ein Hoffnungszeichen. Es dürfte wie das Pastoral schreiben der Bischöfe „Katholische Kirche im sozialistischen Staat“ (vgl. HK, Dezember 1986, 574 ff.) zu der seit einiger Zeit in Gang gesetzten pastoralen Selbstreflexion mit modifizierter Standortbestimmung der katholischen Kirche in der DDR beitragen.

Am 9. Mai kamen etwa 12 000 niederländische Katholiken in Zwolle zum dritten Großtreffen der „Achter-Mai-Bewegung“ zusammen.

Die „Achter-Mai-Bewegung“, der inzwischen ungefähr hundert Gruppen und Organisationen im niederländischen Katholizismus angehören, entstand im Anschluß an das von der „Plattform Initiativen Papstbesuch“ organisierte Treffen in Den Haag, bei dem am 8. Mai 1985 unmittelbar vor dem Papstbesuch (vgl. HK, Juni 1985, 260–264) das „andere Gesicht der Kirche“ in den Niederlanden sichtbar werden sollte. Ein Jahr später, am 8. Mai 1986 organisierte die Bewegung ein Großtreffen in Den Bosch (vgl. HK, Juni 1986, 258). Das diesjährige Treffen in Zwolle (Provinz Overijssel) stand unter dem Motto „Eine Botschaft für Menschen“. Unter den Teilnehmern waren diesmal mehr Jugendliche und junge Erwachsene als bei den Veranstaltungen in Den Haag und Den Bosch. Im Mittelpunkt stand das Gespräch über „Glaubensbriefe“ in Form von Wandzeitungen, auf denen Erfahrungen mit dem Glauben beschrieben wurden. Themen des Treffens in Zwolle waren auch Fragen der Verantwortung für die Dritte Welt, der Friedensarbeit, der Ökumene, der Stellung der Frau in der Kirche. In einem Vortrag rief der Religionssoziologe *Walter Goddijn*, wichtiger Akteur und Begleiter der nachkonziliaren Veränderungen im niederländischen Katholizismus, die „Achter-Mai-Bewegung“ dazu auf, sie solle sich zu einer Laienbewegung mit einer klaren Struktur entwickeln. Es gehe nicht nur darum, Fehler und Mißstände anzuprangern, sondern man müsse auch eigene Aktivitäten entwickeln. Die Teilnehmer des Treffens befürworteten u. a. den Plan eines „Friedenskonzils“. Abgeschlossen wurde die Veranstaltung diesmal nicht mit einer Eucharistiefeier, sondern durch einen Wortgottesdienst mit Agape. Die Eucharistiefeier in Den Bosch am 8. Mai 1986 hatte zu scharfem bischöflichem Protest geführt; damals hatte eine Frau die Meßfeier mitgeleitet.

Die italienischen Bischöfe nahmen Stellung zu den Parlamentswahlen am 14. Juni.

Am 9. Mai haben die italienischen Bischöfe zu den vorgezogenen italienischen Parlamentswahlen am 14. Juni Stellung genommen. Ihre Erklärung erregte beträchtliches Aufsehen und führte bei fast allen Parteien – mit Ausnahme der DC – zu polemischen Reaktionen. Der Grund: Die Bischöfe sprachen eine zwar indirekte, aber doch deutliche *Empfehlung zugunsten der DC* aus. Die entscheidende Passage der Erklärung lautete: Die Bischöfe wüßten zwar wohl, daß im Prinzip aus dem einen Glauben nicht notwendig identische politische Entscheidungen folgten. Aber konkret gesehen verträgen sich nicht alle Entscheidungen mit dem Glauben und mit dem aus dem Glauben kommenden Bild von Mensch und Gesellschaft. Überdies müßten sich die Bischöfe der realen Lage Italiens und der Tatsache bewußt sein, „daß sich viele politische, soziale und kulturelle Kräfte gegen we-

sentliche christliche und menschliche Werte sperren“. Von daher sei „die Treue zur Einheitstradition des Engagements der italienischen Katholiken auch heute tief begründet“. Der letzte Satz, der praktisch zur Wahl der DC auffordert, ist als Zitat der damals Aufsehen erregenden Rede des Papstes auf dem Katholikentag im April vorigen Jahres entnommen, in der Johannes Paul II. direktere und „schlüssigere“ Formen der öffentlichen Präsenz der Katholiken gefordert hatte (vgl. HK, Juni 1986, 263). Die „Werte“, von denen die Bischöfe sagen, daß sich große Teile der Öffentlichkeit dagegen sperren, schließen den Schutz des ungeborenen Lebens und den Schutz der Familie, aber auch Hinweise auf die staatliche Gewaltenteilung und die Religionsfreiheit ein. Es ist nicht so, daß sich die Bischöfe, wie manche Kommentare unterstellten, vor allem (und einseitig) wieder ihre Gegnerschaft gegen Abtreibung und Ehescheidung ins Spiel brachten. Gerade der Hinweis auf Gewaltenteilung und Religionsfreiheit richtet sich vorwiegend wohl auch gegen die Kommunisten. Auffällig ist die deutliche Forderung nach Stützung der „Einheitstradition“ dennoch. Bischöfe mögen dabei u. a. die schlechten Erfahrungen mit der Regelung des Religionsunterrichts im Rahmen des neuen Konkordats die Feder geführt haben. Entscheidender ist aber wohl, daß sich in der Erklärung sehr direkt die Vorstellungen Johannes Pauls II. über die politischen Aktionsformen von Katholiken widerspiegeln. Von daher ist auch zu beachten, daß die Erklärung nicht das gesamte Meinungsspektrum im italienischen Episkopat wiedergibt. Die Stellungnahme wurde lediglich als Erklärung des (fünfköpfigen) Präsidiums veröffentlicht, in dem der Vorsitzende, Kardinal *Ugo Poletti*, und der Sekretär, Bischof *Camillo Ruini*, als vom Papst ernannte Funktionsträger das entscheidende Gewicht haben. Dies fiel um so mehr auf, als wenige Tage später die Bischofskonferenz zu ihrer Vollversammlung zusammentrat.

Die mittelamerikanischen Bischöfe, vor allem die Kirche in El Salvador, fürchten negative Auswirkungen der neuen US-Einwanderungsgesetze für die Bevölkerung ihrer Länder.

Nach einer teilweise bereits in Kraft getretenen *Novellierung der Einwanderungsgesetze in den USA* droht illegalen Einwanderern nach 1982 die Ausweisung aus den Vereinigten Staaten. Betroffen von dieser neuen Regelung sind aus dem mittelamerikanischen Raum insbesondere Mexikaner, Salvadorianer und Guatemalteken. *Nicaraguaner* genießen als politisch Verfolgte eine Sonderstellung. Von den 500 000 bis 1 Million illegal in den USA lebenden *Salvadorianern* ist die Mehrzahl erst nach Januar 1982 vor dem andauernden Bürgerkrieg in die USA geflüchtet. Allein in Los Angeles leben 300 000 Salvadorianer, die zum größeren Teil vom „*Sanctuary Movement*“, einer überkonfessionellen Flüchtlingshilfe-Organisation, betreut werden. Wie Staatspräsident *Duarte* haben auch die Bischöfe von El Salvador die Regierung in Washing-

ton gebeten, das Einwanderungsgesetz nicht zu einem „Deportationsgesetz“ werden zu lassen. Nach Einschätzung *Duartes* gefährden die neuen Gesetze die „gemeinsamen Bemühungen (der amerikanischen und salvadorianischen Regierung) zur Verhinderung marxistisch-leninistischer Regime in Mittelamerika“. Seine in den USA lebenden Landsleute, heißt es in einem Brief *Duartes* an den amerikanischen Präsidenten, unterstützten ihre Familien daheim mit jährlich 350 bis 600 Millionen US-Dollar; dies übersteige die amerikanische Wirtschaftshilfe für El Salvador. *Duarte* bat Reagan, den Salvadorianern so lange Aufenthalt zu gewähren, bis sich die Lage in dem von einem siebenjährigen Bürgerkrieg und dem verheerenden Erdbeben vom Oktober 1986 heimgesuchten Land gebessert habe. – Auch der Vorsitzende der Bischofskonferenz von El Salvador, *Marco René Revelo*, erklärte in New York, das Einwanderungsgesetz schaffe zusätzliche soziale Probleme in seinem Land. Die Arbeitslosigkeit werde noch zunehmen, ein Teil der Rückkehrer sich wahrscheinlich der Guerilla anschließen. – Mexikanische Bischöfe äußerten die Hoffnung, das neue amerikanische Gesetz werde nicht in seiner ganzen Härte zur Anwendung kommen.

Die Chilenen sind in ihrem Urteil über die Auswirkungen des Papst-Besuchs geteilter Meinung.

Nach einer Anfang Mai veröffentlichten Meinungsumfrage glauben 18 Prozent der Befragten, die Visite Johannes Pauls II. Anfang April in Chile habe der Regierung Pinochet genützt. 27 Prozent sind der Ansicht, der Besuch habe die Opposition im Land gestärkt. Weitere 34 Prozent glauben, daß Regierung und Opposition gleichermaßen ihre Vorteile aus dem Papstbesuch ziehen können, und 14 Prozent vertraten die Ansicht, der Besuch habe keine Seite begünstigt. Für die blutigen Zusammenstöße beim Papst-Gottesdienst im O'Higgins-Park von Santiago machten 40 Prozent der Befragten linksextreme, 32 Prozent machten rechtsextreme Gruppierungen verantwortlich. Die übrigen glauben, daß die Gewalt durch die Polizei oder durch spontan entstandene Gruppen verursacht wurde. – Der chilenische Arbeiter *Mario Mejías*, der während des Papstbesuchs in einem Armenviertel von Santiago die Mißstände in seinem Land angeprangert hatte, ist am 30. April von sechs unbekanntem bewaffneten Männern aus der Wohnung seiner Eltern entführt und schwer mißhandelt worden. Die Männer bedrohten ihn wegen seiner Äußerungen vor dem Papst mit dem Tod. Eine andere Rednerin, *Luisa Riveros*, wurde ebenfalls mehrfach bedroht, die Kirche forderte Polizeischutz für sie. Der Apostolische Nuntius, Erzbischof Angelo Sodano, und der bischöfliche Jugendvikar *Ignacio Munoz* verurteilten den Anschlag und die Todesdrohungen öffentlich. Nachdem die Regierung die Untergrundorganisation „Patriotische Front Manuel Rodriguez“ der Entführung beschuldigte, erklärte diese, sie habe nichts mit diesen Übergriffen zu tun.